

## Vorwort der Herausgeber

Im Jahr 2025 befindet sich die Europäische Union (EU) in einem multidimensionalen Transformationsprozess, welcher neben dem digitalen und ökologischen Wandel zusehends Veränderungen der internationalen Ordnung zum zentralen Bezugspunkt macht. Und nicht nur das internationale System scheint in Bewegung, auch das institutionelle Gleichgewicht der EU und deren politische Mehrheiten verändern sich rasant – mit unklarem Ausgang.

Verschiebungen hin zu einer multipolaren Welt deuteten sich zwar bereits in den letzten Jahren an, jedoch war es der erneute Einzug Donald Trumps ins Weißen Hauses im Januar 2025, welcher die EU im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode 2024–2029 mit der akuten Notwendigkeit einer geopolitischen Neuausrichtung konfrontierte. Sinnbildlich dafür steht der Russisch-US-amerikanische Gipfel in Alaska im August 2025 ohne Beteiligung der Europäischen Union. Die diplomatische Annäherung an Russland und ambivalente Aussagen und Handlungen der USA zur Unterstützung der Ukraine seit Anfang des Jahres führten den Europäer:innen vor Augen, dass es an Ihnen sei, zukünftig die Hauptlast des ukrainischen Verteidigungskampfes gegen die russische Aggression zu schultern.

Entsprechend ist das Leitmotiv der EU – heute wie morgen – keine Zeit zu verlieren auf dem Weg zur strategischen Autonomie. Dieses ambitionierte Vorhaben einer differenzierteren, eigenständigen europäischen Handlungsfähigkeit beeinflusst nicht nur die Verteidigungsbudgets der Mitgliedstaaten – sondern auch die Prioritäten der Union, das institutionelle Gefüge, den Technologiewandel und die außenpolitischen Beziehungen der EU. Wie ein roter Faden zieht sich dieser Prozess in seinen Fortschritten wie Ernüchterungen durch das 45. Jahrbuch der Europäischen Integration, welches in seinen über 100 Beiträgen die Entwicklungen in der EU von Juni 2024 bis Juni 2025 umfassend analysiert.

Um nicht in einem an Komplexität zunehmenden internationalen Kräftemessen zerrieben zu werden ist ein gesamteuropäischer Kraftakt erforderlich, wie Ilke Toygür in ihrem Beitrag zur *Europäischen Integration im 21. Jahrhundert* darlegt – und die europäischen Entscheidungsträger:innen sind gefragt, ein Zukunftsnarrativ zu entwickeln, welches über situatives Krisenmanagement hinausgeht, so Werner Weidenfeld in seiner *Bilanz der Europäischen Integration*. Während die Legislaturperiode von neuen Zielsetzungen geprägt ist, sehen sich die EU-Institutionen zwar einer zunehmenden Parteipolitisierung und Polarisierung ausgesetzt, wie Carsten Gerards und Wolfgang Wessels in ihrem Beitrag zur *institutionellen Architektur der Europäischen Union* berichten, vermögen es gerade jedoch flexibel und widerstandsfähig auf die bestehenden Herausforderungen zu reagieren. Damit es Europa zukünftig gelingt, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, beschwore so auch die wiedergewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zum Stand der Europäischen Union im September 2025 Einheit zwischen den Mitgliedstaaten, den europäischen Institutionen und den pro-europäischen Kräften des Europäischen Parlaments.

Wie kann es gelingen dieses Narrativ institutionell zu verwirklichen? Betrachtet man die Entwicklung der Europäischen Kommission, so zeigt sich, dass diese zusehends als Koordinator der *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* der Mitgliedstaaten in Erscheinung tritt, was Florence Ertel und Daniel Göler in Ihrem gleichnamigen Beitrag aufzeigen. Zahlreiche Sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen wurden in den Geltungsbereich der *Europäischen Kommission* aufgenommen und die Prioritäten in den politischen Leitlinien 2024–2029 vom Green Deal – hin zu Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit verschoben, wie Sophia Russack und Desmond Dinan erörtern. Die angestrebte

supranationale Koordinierung der Rüstungsinvestitionen der Mitgliedstaaten über das SAFE-Programm, im Rahmen von „Readiness 2030“ wird von Mathias Jopp in seinem Beitrag *Die EU und der Krieg in der Ukraine* als eine der “interessantesten institutionellen Entwicklung[en]” der Europäischen Union eingeordnet. In Reaktion auf die unnachgiebige, hybride Kriegsführung Russlands liegt auch der Fokus der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP), analysiert von Annegret Bendiek und Max Becker, auf der Bildung einer resilienten gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur.

Bei allem politischen Willen hin zur souveränen europäischen Verteidigung wird, wie Wolfgang Weiß<sup>4</sup> Beitrag zu den europäischen *Außenwirtschaftsbeziehungen* zeigt, aber auch deutlich, dass die EU angesichts der Trump’schen Zollpolitik bisher kaum in der Lage ist, Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von den USA zu ergreifen. Andererseits zeigen Fortschritte in der *Agrar- und Fischereipolitik* (Christian Lippert), unter anderem mit dem Vereinigten Königreich, sowie die eine neue Dynamik in den Verhandlungen über Handelsabkommen etwa mit dem Mercosur oder Indien, dass die EU durchaus in der Lage ist, ihre Handelspolitik neu zu denken.

Während das vorliegende Jahrbuch einen außenpolitischen Fokus der Europäischen Union im Jahr 2025 unterstreicht, sind die vielseitigen innenpolitischen Herausforderungen nicht verschwunden. Im Gegenteil, so Gabriel N. Toggenburg zu *Rechtsstaatlichkeit* in der Union, zeigten sich handfeste Autokratisierungsprozesse in Griechenland, Ungarn, Rumänien und der Slowakei. Der fortwährende Zulauf zu rechten und euroskeptischen Parteien über alle Mitgliedstaaten hinweg hat so auch bei den *Europäischen Parteien* (Michael Weigl) die Rolle der Partei Europäische Konservative und Reformer (EKR) gestärkt, welche zunehmend als Partner der Europäischen Volkspartei (EVP) gilt. Und auch vor den Gründungsmitgliedern der EU machen diese Entwicklungen keinen Halt, wie in *Belgien*, wo seit Januar 2025 die „Flämische Nationalisten“ unter Premierminister Bart De Wever eine rechtskonservative Regierung anführt, in *Deutschland* wo die AfD von Umfragehoch zu Umfragehoch eilt, oder wie in *Frankreich*, wo die politische Lage besorgniserregend fragil wirkt, wie Anja Thomas analysiert.

In Summe bleibt zu konstatieren: Die Entwicklungen in Europa sind von einer hohen Dynamik geprägt, mit sich überschneidenden globalen und regionalen Krisen und rapiden Veränderungen bestehender politischer Ordnungen, die die integrativen Fähigkeiten der Europäischen Union herausfordern. Nicht zuletzt die Zerstrittenheit der EU bezüglich des Umgangs mit Israels Krieg in Gaza zeigt die Grenzen europäischer Geschlossenheit auf. Die Erfolgssäusichten einer Strategischen Autonomie der EU, ihrer Erweiterung und des Europäischen Projekts als Ganzem sind jedoch genau von eben jener Geschlossenheit abhängig.

Das Jahrbuch der Europäischen Integration kann nützlich sein, sich dieser Frage in kohärenter Weise zu stellen. Durch seine jährliche Veröffentlichung seit 1980 stellt es eine einzigartige Quelle für Längsschnittuntersuchungen europäischer Entwicklungsprozesse dar.

Den Autor:innen sei an dieser Stelle ein großer Dank ausgesprochen. Ein besonderer Dank gilt außerdem Jakob Burger, Janika Wiborny, Lennart Kreuzfeld und Amelie Bendel für ihre sachkundige und aufmerksame redaktionelle Arbeit. Das Jahrbuch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C·A·P) und dem Centrum für Türkei- und EU-Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Zuletzt danken wir auch dem Auswärtigen Amt, ohne dessen großzügige Förderung das Jahrbuch nicht realisierbar wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels